

Situation

Sie sind Auszubildende zur Justizfachangestellten bzw. Auszubildender zum Justizfachangestellten im ersten Ausbildungsjahr im Amtsgericht Buchstädt. Derzeit sind Sie in der Geschäftsstelle eingesetzt.

Die Geschäftsstellenleiterin, Frau Halder, leitet Ihnen eine E-Mail einer Beklagten weiter (Anlage 1). Außerdem übergibt sie Ihnen eine Notiz zu einem Telefonat mit einem weiteren Beklagten (Anlage 2).

Frau Halder bittet Sie, die Anliegen der beiden Personen zu bearbeiten und die entsprechenden Telefonate zu führen.

Aufträge

1. Sie bereiten sich auf die Telefonate mit den beiden Beklagten vor.

Erstellen Sie hierfür

- die Vorlage für ein Prüfprotokoll mit den Voraussetzungen für den Erlass eines Versäumnisurteils (Anlage 3) und
- ein Flussdiagramm zum Ablauf des Verfahrens nach Erlass eines Versäumnisurteils (Anlage 4).


2. Wenden Sie Ihr Prüfprotokoll auf die beiden Klagen an.
3. Die Telefonate mit Frau Klaasen und mit Herrn Klosajek stehen an.
 - Erstellen Sie Notizen zur Vorbereitung der Telefonate.
 - Führen Sie die Telefonate durch.


Anlage 1: E-Mail


| | |
|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------|
| Von: | Halder@ag-buchstaedt.justiz.bwl.de |
| An: | Azubi@ag-buchstaedt.justiz.bwl.de |
| Cc: | |
| Betreff: | FWD: Aktenzeichen 2C153/XX – Rückfragen |
| <p>----- Weitergeleitete Nachricht -----</p> <p>Betreff: Aktenzeichen 2C153/XX - Rückfragen Datum: Mo, 31 Oct 20XX 12:34:06 Von: roxana.klaasen@buchmaid.de An: poststelle@agbuchstaedt.justiz.bwl.de</p> <p>Sehr geehrte Damen und Herren,</p> <p>gestern Abend bin ich aus meinem sechswöchigen Thailand-Urlaub zurückgekommen und musste mit Schrecken feststellen, dass in meinem Briefkasten mehrere amtliche Dokumente lagen, alle vom Amtsgericht Buchstädt.</p> <p>In einem war eine Klage und eine Verfügung und bei dem anderen steht Versäumnisurteil darauf. Mir ist nicht klar, was das alles bedeutet. Ich kann auch nicht verstehen, warum es auf einmal ein Urteil geben kann, obwohl ich doch überhaupt nichts von einer Klage wusste. Darf das überhaupt sein? In dem Brief mit dem Versäumnisurteil steht, dass ich Einspruch einlegen kann, aber ich fürchte, dafür ist es jetzt auch zu spät. Und wie ich da vorgehen soll, ist mir auch noch unklar.</p> <p>Außerdem sehe ich in dem Versäumnisurteil keine Begründung. Müsste das nicht enthalten sein? Ich habe mir überlegt, ob ich mir einen Anwalt nehmen soll, damit er mir alles erklärt.</p> <p>Aber vielleicht ist das gar nicht notwendig und Sie können mir erst einmal weiterhelfen? Ich würde mich über Ihren Rückruf unter 0152/68135132 freuen. Am besten bin ich nachmittags erreichbar.</p> <p>Mit freundlichen Grüßen</p> <p>Roxana Klaasen</p> | |
| Anhang: | |


Anlage 2: Telefonnotiz


Telefonnotiz


 31.10.20XX, 12:15:02


 ich

 Anrufer/in

 hat angerufen

 hat zurückgerufen

 bittet um Rückruf

 bittet um Termin

Herr Klosajek hat Fragen zu einem Versäumnisurteil, das er gerade erhalten hat.
Aktenzeichen: 2 C 100/XX

seine Anliegen:

- versteht nicht, warum er das Versäumnisurteil bekommen hat
- hatte noch nichts unternommen
- hat sich beschwert, dass er keine Gelegenheit hatte, sich zu äußern
- gefragt, ob morgen schon der Gerichtsvollzieher vor der Tür stehen kann
- was er nun tun könne und wie es dann weitergeht

Anlage 3: Informationstext¹ zu den Voraussetzungen für den Erlass eines Versäumnisurteils gegen den Beklagten

Grundvoraussetzungen

Selbstverständlich müssen zunächst die allgemeinen Prozessvoraussetzungen erfüllt sein, bevor ein Versäumnisurteil ausgesprochen werden kann, so zum Beispiel die Zuständigkeit des Gerichts, Parteifähigkeit, Prozessfähigkeit usw. Fehlt eine Zulässigkeitsvoraussetzung, wird die Klage durch das Prozessurteil als unzulässig abgewiesen.

Damit ein Versäumnisurteil gegen einen Beklagten ergehen kann, ist neben dem Sachantrag des Klägers der Antrag auf Erlass eines Versäumnisurteils notwendig (§ 331 Abs. 1 ZPO). Der Antrag auf Erlass des Versäumnisurteils kann beispielsweise bereits (vorsorglich) in der Klageschrift gestellt werden (§ 331 Abs. 3 S. 2 ZPO).

Ein Versäumnisurteil gegen den Beklagten darf nur ergehen, wenn die Klage schlüssig ist. Das bedeutet, dass das Vorbringen des Klägers den Klageantrag rechtfertigen muss. Bei einer unschlüssigen Klage würde es nicht zu einem Versäumnisurteil kommen.

Eine weitere Voraussetzung ist das Säumnis des Beklagten. Hierbei gibt es zwei Möglichkeiten: der Beklagte kann bereits im schriftlichen Vorverfahren säumig oder bei einer mündlichen Verhandlung nicht anwesend (säumig) sein.

Voraussetzungen für den Erlass eines Versäumnisurteils im schriftlichen Vorverfahren

Bereits im schriftlichen Vorverfahren kann es zu einem Versäumnisurteil kommen. Wenn ein schriftliches Vorverfahren vom Richter angeordnet wurde, erhält der Beklagte mit Zustellung der Klage die Aufforderung, seine Verteidigungsbereitschaft innerhalb von zwei Wochen gegenüber dem Gericht zu erklären (§ 276 Abs. 1 S. 1 ZPO). Diese Notfrist für die Verteidigungsanzeige ist zwar knapp bemessen, es reicht allerdings bereits der Satz: „Der Beklagte beabsichtigt, sich gegen die Klage zu verteidigen.“ Falls der Beklagte diese Anzeige nicht einreicht, ist der Beklagte im schriftlichen Vorverfahren säumig. Es ergeht schon im schriftlichen Vorverfahren ein Versäumnisurteil gegen den Beklagten (§ 331 Abs. 3 ZPO).

Voraussetzung für ein Versäumnisurteil im schriftlichen Vorverfahren ist, dass der Beklagte zur Verteidigung aufgefordert (§ 276 Abs. 1 S. 1 ZPO) und über die Folgen der Fristversäumung belehrt (§ 276 Abs. 2 ZPO) wurde.

¹ Wie in juristischen Fachtexten üblich, wird hier ausschließlich die männliche Form verwendet. Diese schließt die weibliche Form ein.

Voraussetzungen für den Erlass eines Versäumnisurteils in der mündlichen Verhandlung

Die Beklagtenpartei muss die mündliche Verhandlung vor dem Prozessgericht versäumen, das heißt, sie erscheint entweder nicht zum Haupttermin oder zum frühen ersten Termin oder zu einem Folgetermin. Versäumt der Beklagte nur den Gütetermin, den Beweistermin oder den Verkündungstermin, ergeht kein Versäumnisurteil. Der Beklagte ist dann säumig, wenn er nach deutlichem Aufruf der Sache zur festgesetzten Zeit nicht am richtigen Terminsort erscheint. Im Anwaltsprozess zählen nach § 78 Abs. 1 ZPO nur die Anwesenheit und Verhandlung des Anwalts. Der Beklagte gilt außerdem als säumig, wenn er (bzw. im Anwaltsprozess der Anwalt) nicht verhandelt.

Nach § 335 Abs. 1 Nr. 2 ZPO muss sichergestellt sein, dass die Beklagtenpartei ordnungsgemäß geladen war. Ein Versäumnisurteil kann demnach nur ergehen, wenn der Beklagte rechtzeitig und formgerecht zum Termin geladen worden ist. Es ist zu prüfen, inwieweit die Ladung zugestellt und dabei die Einlassungs- und Ladungsfrist gewahrt wurden.

§ 335 Abs. 1 Nr. 3 ZPO dient ebenfalls dem Schutz des Beklagten für den Fall, dass der Beklagtenpartei das tatsächliche mündliche Vorbringen bzw. zusätzliche Anträge der Klägerpartei nicht mitgeteilt wurden. Hierdurch soll verhindert werden, dass der Kläger in letzter Sekunde durch neuen Tatsachenvortrag die Klage schlüssig macht.

Anlage 4: Auszüge aus der ZPO

Relevante Paragraphen: §§ 338, 339, 340a, 341, 341a, 342, 343, 345

Anlage 5: Kalender des betreffenden Jahres

| Januar | | Februar | | März | | April | | Mai | | Juni | | Juli | | August | | September | | Oktober | | November | | Dezember | | | | | | | | | |
|--------|----|---------|----|------|----|-------|----|-----|----|------|----|------|----|--------|----|-----------|----|---------|----|----------|----|----------|----|----|----|----|----|----|----|----|----|
| 1 | Fr | 1 | Mo | 5 | 1 | Di | 1 | Fr | 1 | So | 1 | Mi | 1 | Fr | 1 | Mo | 31 | 1 | Do | 1 | Sa | 1 | Di | 1 | Do | | | | | | |
| 2 | Sa | 2 | Di | | 2 | Mi | 2 | Sa | 2 | Mo | 18 | 2 | Do | 2 | Sa | 2 | Di | 2 | Fr | 2 | So | 2 | Mi | 2 | Fr | | | | | | |
| 3 | So | 3 | Mi | | 3 | Do | 3 | So | 3 | Di | | 3 | Fr | 3 | So | 3 | Mi | 3 | Sa | 3 | Mo | 40 | 3 | Do | 3 | Sa | | | | | |
| 4 | Mo | 1 | 4 | Do | 4 | Fr | 4 | Mo | 14 | 4 | Mi | 4 | Sa | 4 | Mo | 27 | 4 | Do | 4 | So | 4 | Di | 4 | Fr | 4 | So | | | | | |
| 5 | Di | 5 | Fr | | 5 | Sa | 5 | Di | | 5 | Do | 5 | So | 5 | Di | | 5 | Fr | 5 | Mo | 36 | 5 | Mi | 5 | Sa | 5 | Mo | 49 | | | |
| 6 | Mi | 6 | Sa | | 6 | So | 6 | Mi | | 6 | Fr | 6 | Mo | 23 | 6 | Mi | 6 | Sa | 6 | Di | | 6 | Do | 6 | So | 6 | Di | | | | |
| 7 | Do | 7 | So | | 7 | Mo | 10 | 7 | Do | | 7 | Sa | 7 | Di | | 7 | Do | 7 | So | 7 | Mi | | 7 | Fr | 7 | Mo | 45 | 7 | Mi | | |
| 8 | Fr | 8 | Mo | 6 | 8 | Di | | 8 | Fr | | 8 | So | 8 | Mi | 8 | Fr | | 8 | Mo | 32 | 8 | Do | 8 | Sa | 8 | Di | 8 | Do | | | |
| 9 | Sa | 9 | Di | | 9 | Mi | | 9 | Sa | 19 | 9 | Mo | 9 | Do | 9 | Sa | | 9 | Di | | 9 | Fr | 9 | So | 9 | Mo | 9 | Mi | 9 | Fr | |
| 10 | So | 10 | Mi | | 10 | Do | | 10 | So | | 10 | Di | 10 | Fr | 10 | So | | 10 | Mi | | 10 | Mo | 41 | 10 | Do | 10 | Do | 10 | Sa | | |
| 11 | Mo | 2 | 11 | Do | 11 | Fr | 11 | Mo | 15 | 11 | Mi | 11 | Sa | 11 | Mo | 28 | 11 | Do | 11 | So | 11 | Di | | 11 | Fr | 11 | Fr | 11 | So | | |
| 12 | Di | 12 | Fr | | 12 | Sa | 12 | Di | | 12 | Do | 12 | So | 12 | Di | | 12 | Fr | 12 | Mo | 37 | 12 | Mi | | 12 | Sa | 12 | Mo | 50 | | |
| 13 | Mi | 13 | Sa | | 13 | So | 13 | Mi | | 13 | Fr | 13 | Mo | 24 | 13 | Mi | 13 | Sa | 13 | Di | | 13 | Do | 13 | So | 13 | So | 13 | Di | | |
| 14 | Do | 14 | So | | 14 | Mo | 11 | 14 | Do | | 14 | Sa | 14 | Di | 14 | Do | | 14 | So | 14 | Mi | | 14 | Fr | 14 | Mo | 46 | 14 | Mi | | |
| 15 | Fr | 15 | Mo | 7 | 15 | Di | | 15 | Fr | | 15 | So | 15 | Mi | 15 | Fr | | 15 | Mo | 33 | 15 | Do | 15 | Sa | 15 | Di | 15 | Do | | | |
| 16 | Sa | 16 | Di | | 16 | Mi | | 16 | Sa | 20 | 16 | Mo | 16 | Do | 16 | Sa | | 16 | Di | | 16 | Fr | 16 | So | 16 | Mi | 16 | Fr | | | |
| 17 | So | 17 | Mi | | 17 | Do | | 17 | So | | 17 | Di | 17 | Fr | 17 | So | | 17 | Mi | | 17 | Sa | 17 | Mo | 42 | 17 | Do | 17 | Sa | | |
| 18 | Mo | 3 | 18 | Do | 18 | Fr | 18 | Mo | 16 | 18 | Mi | 18 | Sa | 18 | Mo | 29 | 18 | Do | 18 | So | 18 | Di | | 18 | Fr | 18 | Fr | 18 | So | | |
| 19 | Di | 19 | Fr | | 19 | Sa | | 19 | Di | | 19 | Do | 19 | So | 19 | Di | | 19 | Fr | | 19 | Mo | 38 | 19 | Mi | 19 | Sa | 19 | Mo | 51 | |
| 20 | Mi | 20 | Sa | | 20 | So | 20 | Mi | | 20 | Fr | 20 | Mo | 25 | 20 | Mi | 20 | Sa | 20 | Di | | 20 | Do | 20 | So | 20 | So | 20 | Di | | |
| 21 | Do | 21 | So | | 21 | Mo | 12 | 21 | Do | | 21 | Sa | 21 | Di | 21 | Do | | 21 | So | 21 | Mi | | 21 | Fr | 21 | Mo | 47 | 21 | Mi | | |
| 22 | Fr | 22 | Mo | 8 | 22 | Di | | 22 | Fr | | 22 | So | 22 | Mi | 22 | Fr | | 22 | Mo | 34 | 22 | Do | 22 | Sa | 22 | Di | 22 | Do | | | |
| 23 | Sa | 23 | Di | | 23 | Mi | | 23 | Sa | 21 | 23 | Mo | 23 | Do | 23 | Sa | | 23 | Di | | 23 | Fr | 23 | So | 23 | Mi | 23 | Fr | | | |
| 24 | So | 24 | Mi | | 24 | Do | | 24 | So | | 24 | Di | 24 | Fr | 24 | So | | 24 | Mi | | 24 | Sa | 24 | Mo | 43 | 24 | Do | 24 | Sa | | |
| 25 | Mo | 4 | 25 | Do | 25 | Fr | 25 | Mo | 17 | 25 | Mi | 25 | Sa | 25 | Mo | 30 | 25 | Do | 25 | So | 25 | Di | | 25 | Fr | 25 | Fr | 25 | So | | |
| 26 | Di | 26 | Fr | | 26 | Sa | | 26 | Di | | 26 | Do | 26 | So | 26 | Di | | 26 | Fr | | 26 | Mo | 39 | 26 | Mi | 26 | Sa | 26 | Mo | 52 | |
| 27 | Mi | 27 | Sa | | 27 | So | 27 | Mi | | 27 | Fr | 27 | Mo | 26 | 27 | Mi | 27 | Fr | 27 | Di | | 27 | Do | 27 | So | 27 | So | 27 | Di | | |
| 28 | Do | 28 | So | | 28 | Mo | 13 | 28 | Do | | 28 | Sa | 28 | Di | 28 | Do | | 28 | So | 28 | Mi | | 28 | Fr | 28 | Mo | 48 | 28 | Mi | | |
| 29 | Fr | 29 | Mo | 9 | 29 | Di | | 29 | Fr | | 29 | So | 29 | Mi | 29 | Fr | | 29 | Mo | 35 | 29 | Do | 29 | Sa | 29 | Di | 29 | Do | | | |
| 30 | Sa | | 30 | Mi | 30 | Mi | | 30 | Sa | 22 | 30 | Mo | 30 | Do | 30 | Sa | | 30 | Di | | 30 | Fr | 30 | So | 30 | Mi | 30 | Fr | | | |
| 31 | So | | 31 | Do | 31 | Do | | 31 | Di | | 31 | Di | 31 | So | 31 | Mi | | 31 | Mi | | 31 | Mo | 44 | | | | | | | 31 | Sa |

Anlage 6: Verfügung zur Akte Stegle GmbH ./ Klaasen



Amtsgericht Buchstätt

2C153/XX

Buchstätt, 19.09.20XX

Verfügung

In Sachen

Stegle GmbH ./ Klaasen wg. Forderung

1. Termin zur Güteverhandlung und für den Fall des Nichterscheinens einer Partei oder Erfolglosigkeit der Güteverhandlung unmittelbar anschließender früher erster Termin wird bestimmt auf

| Wochentag und Datum | Uhrzeit | Zimmer/Etage/Gebäude |
|---------------------|-----------|--------------------------------------------|
| Freitag, 14.10.20XX | 15:45 Uhr | Sitzungssaal 207, 2. OG, Bergholzstr. 2 |

Belehrungen

Schriftliche Erklärungen entbinden Sie nicht von der Pflicht zum Erscheinen im Termin. Wenn Sie nicht erscheinen und auch keinen mit schriftlicher Vollmacht versehenen volljährigen Familienangehörigen oder einen anderen nach § 79 Abs. 2 ZPO zugelassenen Bevollmächtigten zum Termin entsenden, kann dies zum Verlust des Prozesses führen. Gegen die nicht erschienene Partei kann auf Antrag des Gegners ein Versäumnisurteil erlassen oder eine Entscheidung nach Aktenlage getroffen werden (§§ 330 bis 331a, 251a ZPO); in diesem Fall hat die säumige Partei auch die Gerichtskosten und die notwendigen Kosten der Gegenseite zu tragen (§ 91 ZPO). Dies gilt auch dann, wenn schriftliche Einwendungen gegen den geltend gemachten Anspruch erhoben werden. Diese Einwendungen kann das Gericht nur berücksichtigen, wenn sie im Termin vorgetragen werden. Aus dem Versäumnisurteil oder dem Urteil nach Lage der Akten kann der Gegner der säumigen Partei gegen diese die Zwangsvollstreckung betreiben (§ 708 Nr. 2 ZPO). Wird dem vorstehend bezeichneten Verhandlungstermin ein neuer Termin verkündet, so werden Sie zu dem neuen Termin nicht mehr gesondert geladen. Sie müssen dann auch ohne Ladung erscheinen.

Eine Vertretung durch einen Rechtsanwalt ist nicht vorgeschrieben.

2. An die **beklagte Partei** ergehen gemäß §§ 271, 275, 277, 495, 496 ZPO die folgenden **Aufforderungen**:

2.1 Sie hat auf das Klagevorbringen innerhalb von
zwei Wochen

ab Zustellung dieser Verfügung schriftlich zu **erwidern**, wenn sie sich gegen die Klage verteidigen will.

Belehrung gemäß §§ 277 Abs. 2, 296 Abs. 1 und 3 ZPO

Die Frist ist nur dann gewahrt, wenn die Erwiderung vor Ablauf der Frist beim Gericht eingeht. Die beklagte Partei kann sich nur bis zum Ablauf dieser Frist gegen den Klageanspruch verteidigen und zum Beispiel Einreden und Einwendungen, Beweisangebote und Beweiseinreden vorbringen. Wird die Frist versäumt, ist jegliche Verteidigung abgeschnitten und in dem Prozess wird nur auf der Grundlage des klägerischen Sachvortrags entschieden werden. Die Klageerwiderung, die erst nach Ablauf der gesetzten Frist, also verspätet eingeht, wird nur zugelassen, wenn sich dadurch der Rechtsstreit nicht verzögert oder wenn die Partei die Verspätung genügend entschuldigt. Verspätete verzichtbare Rügen, die die Zulässigkeit der Klage betreffen, können nur bei genügender Entschuldigung der Verspätung zugelassen werden. Der Prozess kann also allein wegen einer Fristversäumnis verloren werden. Die oben gesetzte Frist kann ausnahmsweise auf Antrag bei Vorliegen erheblicher Gründe verlängert werden. Der schriftliche Antrag auf Fristverlängerung muss vor Fristablauf bei Gericht eingehen. Die beklagte Partei kann ihre Erklärung auch Protokoll der Geschäftsstelle des Gerichts abgeben. Falls sie zu Protokoll der Geschäftsstelle eines anderen Amtsgerichts abgegeben wird, so muss das Protokoll innerhalb der genannten Frist bei dem Amtsgericht Konstanz als Prozessgericht eingehen.

3. **Gemäß §§ 273, 278 ZPO wird angeordnet:**

3.1. Das persönliche Erscheinen folgender Parteien:

Klägerin Stegle GmbH
Die Ladung gilt für den Geschäftsführer.

Beklagte Roxana Klaasen

Die Anordnung des persönlichen Erscheinens erfolgt zur Aufklärung des Sachverhalts (§ 141 Abs. 1 ZPO) und für einen Güteversuch (§ 278 Abs. 3 ZPO). Das Gericht wird bei Nichterscheinen einer Partei regelmäßig sofort in die mündliche Verhandlung eintreten (§ 279 Abs. 1 S. 1 ZPO) und bei Nichterscheinen beider Parteien bzw. deren Prozessbevollmächtigten das Ruhen des Verfahrens anordnen (§ 278 Abs. 4 ZPO).

Krause
Richterin am Amtsgericht

Anlage 7: Protokoll zur Akte Stegle GmbH ./ . Klaasen



Amtsgericht Buchstätt

Protokoll

aufgenommen in der öffentlichen Sitzung des Amtsgerichts Buchstätt am Freitag, 14.10.20XX in Buchstätt

Gegenwärtig:

Krause, Richterin am Amtsgericht

Von der Zuziehung eines Protokollführers wurde gem. § 159 Abs. 1 ZPO abgesehen.

In dem Rechtsstreit

Stegle GmbH, vertreten durch d. Geschäftsführer Peter Klast, Hauptstr. 78, 71953 Salfingen
– **Klägerin** –

Prozessbevollmächtigte:

Rechtsanwälte Gerber & Partner, Scheffelstr. 28, 71953 Salfingen

gegen Roxana Klaasen, Hundesingener Str. 2a, 71949 Buchstätt
– **Beklagte** –

wegen Forderung.

erscheinen bei Aufruf der Sache:

1. **Klägerseite:** Rechtsanwalt Sebastian Gerber
2. **Beklagtenseite:** – Niemand –

Sitzungsbeginn: 15:45 Uhr

Es wird festgestellt, dass der Beklagten die Klage mit Zustellungsurkunde am 20.09.20XX zugestellt wurde und gleichzeitig zum Termin geladen wurde. Die Beklagte ist um 15:56 Uhr nicht anwesend. Die Klage ist schlüssig und die allgemeinen Prozessvoraussetzungen sind erfüllt.

Rechtsanwalt Gerber stellt den Antrag aus der Klage vom 09.09.20XX und beantragt den Erlass eines Versäumnisurteils.

Sodann ergeht das aus der Anlage ersichtliche Versäumnisurteil.

Krause
Richterin am Amtsgericht

Halder, JAng'e
als Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle zugleich für die Richtigkeit und Vollständigkeit der Übertragung vom Tonträger.



Zugestellt am:
19.10.20XX

Amtsgericht Buchstädt

Im Namen des Volkes

Versäumnisurteil

In dem Rechtsstreit

Stegle GmbH, vertreten durch d. Geschäftsführer Peter Klast, Hauptstr. 78, 71953 Salfingen
– **Klägerin** –

Prozessbevollmächtigte:

Rechtsanwälte Gerber & Partner, Scheffelstr. 28, 71953 Salfingen

gegen Roxana Klaasen, Hundesingener Str. 2a, 71949 Buchstädt

– **Beklagte** –

wegen Forderung

hat das Amtsgericht Buchstädt durch die Richterin am Amtsgericht Krause auf Grund der mündlichen Verhandlung vom 14.10.20XX für Recht erkannt:

1. Die Beklagte wird verurteilt, an die Klägerin 1.025,47 Euro nebst Zinsen in Höhe von 5 %-Punkten über dem Basiszinssatz seit dem 03.08.20XX zu bezahlen.
2. Die Beklagte hat die Kosten des Rechtsstreits zu tragen.
3. Das Urteil ist vorläufig vollstreckbar.

Beschluss

Der Streitwert wird auf 1.025,47 Euro festgesetzt.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen die Entscheidung steht der Beklagten der Einspruch zu. Der Einspruch kann binnen einer Notfrist von **zwei Wochen** bei dem

Amtsgericht Buchstädt, Bergholzstr. 2, 71949 Buchstädt

eingelegt werden. Die Frist beginnt mit Zustellung des Urteils.

Der Einspruch ist schriftlich einzulegen oder durch Erklärung zu Protokoll der Geschäftsstelle des genannten Gerichts. (...) Eine anwaltliche Mitwirkung ist nicht vorgeschrieben. (...)

Krause
Richterin am Amtsgericht

Verkündet am 14.10.20XX

Anlage 9: Klageschrift zur Akte Jäger ./I. Klosajek

Rechtsanwalt Manuel Schneider

Amtsgericht Buchstädt
Zivilsachen
Bergholzstr. 2
71949 Buchstädt

Schlüssigkeit der Klage geprüft
 Prozessvoraussetzungen sind erfüllt
Richterin Krause

Kliesental, 8. September 20XX

K L A G E

in Sachen

- 1) Birgit Jäger, Laubweg 5, 73972 Kliesental
– **Klägerin** –
- 2) Jochen Jäger, Laubweg 5, 73972 Kliesental
– **Kläger** –

Prozessbevollmächtigte:

Rechtsanwalt Manuel Schneider, Langgasse 8, 73972 Kliesental

gegen Amelo Klosajek, Turgeler Str. 27, 71949 Buchstädt
– **Beklagter** –

wegen Räumung und Herausgabe

zeigen wir an, dass wir den Kläger vertreten. Namens und im Auftrag des Klägers erheben wir

Klage

mit folgendem Antrag:

1. Der Beklagte wird verurteilt, die von ihm bei den Klägern angemietete Wohnung im 1. OG des Objekts, Turgeler Str. 27, 71949 Buchstädt, bestehend aus 2 Zimmern mit Küche, Bad, Diele und Kellerraum zu räumen und an die Kläger herauszugeben.
2. Der Beklagte wird verurteilt, an die Kläger 3.420,00 Euro nebst 5 %-Punkten Zinsen über dem Basiszinssatz seit Rechtshängigkeit zu bezahlen.
3. Der Beklagte wird verurteilt, an die Kläger Rechtsanwaltskosten in Höhe von 588,22 Euro nebst 5 %-Punkten Zinsen über dem Basiszinssatz seit Rechtshängigkeit zu bezahlen.
4. Der Beklagte trägt die Kosten des Rechtsstreits.
5. Das Urteil ist vorläufig vollstreckbar.

Im Übrigen wird beantragt,

1. Uns zu gegebener Zeit die vollstreckbare Ausfertigung des Titels zu erteilen;
2. Im schriftlichen Vorverfahren gemäß § 276 ZPO ggf. durch Anerkenntnis- bzw. Versäumnisurteil zu entscheiden.

Begründung: (...)

M. Schneider, Rechtsanwalt



Amtsgericht Buchstätt

Buchstätt, 06.10.20XX

2 C 100/XX

Verfügung

In Sachen

Jäger ./ Klossajek wg. Räumung und Herausgabe

Aufforderungen, Anordnungen und Hinweise

1. Es wird ein schriftliches Vorverfahren durchgeführt.
2. An die beklagte Partei ergehen gemäß § 276 ZPO folgende Aufforderungen:
 - 2.1 Die beklagte Partei hat die Absicht der Verteidigung binnen einer Notfrist von zwei Wochen ab Zustellung der Klageschrift schriftlich anzuzeigen.

Belehrungen:

Die Frist kann nicht verlängert werden und ist nur dann gewährt, wenn die Anzeige innerhalb der Frist bei Gericht eingeht. Geht sie nicht innerhalb der Frist ein, kann dies zu einem Verlust des Prozesses führen. Das Gericht kann auf Antrag der Gegenpartei ein Versäumnisurteil erlassen (§ 331 ZPO); in diesem Fall hat die säumige Partei auch die Gerichtskosten und die notwendigen Auslagen der Gegenseite zu tragen (§ 91 ZPO). Aus dem Versäumnisurteil kann der Gegner der säumigen Partei gegen diese die Zwangsvollstreckung betreiben (§ 708 Nr. 2 ZPO). Erklärt die Beklagtenpartei, dass sie den Klageanspruch ganz oder teilweise anerkenne, so wird sie ohne mündliche Verhandlung dem Anerkenntnis gemäß verurteilt werden.

2.2 Sie hat auf das **Klagevorbringen** innerhalb von

zwei Wochen

nach Ablauf der oben genannten Notfrist schriftlich zu erwidern, wenn sie sich gegen die Klage verteidigen will.

Belehrung gemäß §§ 277 Abs. 2, 296 Abs. 1 und 3 ZPO:

Die Frist ist nur dann gewährt, wenn die Erwidern vor Ablauf der Frist bei Gericht eingeht.

Die beklagte Partei kann sich nur bis zum Ablauf dieser Frist gegen den Klageanspruch verteidigen und zum Beispiel Einreden und Einwendungen, Beweisangebote und Beweiseinreden vorbringen. Wird die Frist versäumt, ist jegliche Verteidigung abgeschnitten und in dem Prozess wird nur auf der Grundlage des klägerischen Sachvortrags entschieden werden. Die Klageerwiderung, die erst nach Ablauf der gesetzten Frist, also verspätet, eingeht, wird nur zugelassen, wenn sich dadurch der Rechtsstreit nicht verzögert oder wenn die Partei die Verspätung genügend entschuldigt. Verspätete verzichtbare Rügen, die die Zulässigkeit der Klage betreffen, können nur bei genügender Entschuldigung der Verspätung zugelassen werden.

Der Prozess kann also allein wegen einer Fristversäumnis verloren werden.

Die oben gesetzte Frist kann ausnahmsweise auf Antrag bei Vorliegen erheblicher Gründe verlängert werden. Der schriftliche Antrag auf Fristverlängerung muss vor Fristablauf bei Gericht eingehen. Die beklagte Partei kann ihre Erklärung auch zu Protokoll der Geschäftsstelle des Gerichts abgeben. Falls dies bei einem anderen Amtsgericht geschieht, muss das Protokoll innerhalb der Frist beim Prozessgericht eingehen.

2.3 Die Vertretung durch einen Rechtsanwalt ist nicht vorgeschrieben.

Krause
Richterin am Amtsgericht

Anlage 11: Auszug aus Postzustellungsurkunde zur Zustellung der Klageschrift an Herrn Amelo Klosajek

| | | | |
|----|---------------------------------------------------------------------------------------|----------------------------------------------------------|---------------------------|
| 15 | <i>Zustellung ist erfolgt (vgl. auch Eintrag auf dem Umschlag des Schriftstückes)</i> | | |
| | <i>15.1 Datum</i> | <i>15.2 Uhrzeit</i> | <i>15.3. Unterschrift</i> |
| | 08.10.20XX | 15:54 | <i>S. Dohn</i> |
| | <i>15.4 Postunternehmen</i> | <i>15.5 Name, Vorname des Zustellers/der Zustellerin</i> | |
| | SpeedPost BW Filiale Buchstädt | Dohn, Samira | |

Anlage 12: Versäumnisurteil zur Akte Jäger ./ Klossajek

2 C 100/XX



Amtsgericht Buchstätt

Im Namen des Volkes

Versäumnisurteil

In dem Rechtsstreit

1) Birgit Jäger, Laubweg 5, 73972 Kliesental
– **Klägerin** –

2) Jochen Jäger, Laubweg 5, 73972 Kliesental
– **Kläger** –

Prozessbevollmächtigte:

Rechtsanwalt Manuel Schneider, Langgasse 8, 73972 Kliesental

gegen Amelo Klossajek, Turgeler Str. 27, 71949 Buchstätt
– **Beklagter** –

wegen Räumung und Herausgabe

hat das Amtsgericht Buchstätt durch die Richterin am Amtsgericht Krause am 28.10.20XX ohne mündliche Verhandlung gemäß § 331 Abs. 3 ZPO für Recht erkannt:

1. Der Beklagte wird verurteilt, die von ihm bei den Klägern angemietete Wohnung im 1. OG des Objekts, Turgeler Str. 27, 71949 Buchstätt, bestehend aus 2 Zimmern mit Küche, Bad, Diele und Kellerraum zu räumen und an die Kläger herauszugeben.
2. Der Beklagte wird verurteilt, an die Kläger 3.420,00 Euro nebst 5 %-Punkten Zinsen über dem Basiszinssatz seit Rechtshängigkeit zu bezahlen.
3. Der Beklagte wird verurteilt, an die Kläger Rechtsanwaltskosten in Höhe von 588,22 Euro nebst 5 %-Punkten Zinsen über dem Basiszinssatz seit Rechtshängigkeit zu bezahlen.
4. Der Beklagte trägt die Kosten des Rechtsstreits.
5. Das Urteil ist vorläufig vollstreckbar.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen die Entscheidung steht dem Beklagten der Einspruch zu. Der Einspruch kann binnen einer Notfrist von **zwei Wochen** bei dem

Amtsgericht Buchstätt, Bergholzstr. 2, 71949 Buchstätt
eingelegt werden. Die Frist beginnt mit Zustellung des Urteils.

Der Einspruch ist schriftlich einzulegen oder durch Erklärung zu Protokoll der Geschäftsstelle des genannten Gerichts. (...) Eine anwaltliche Mitwirkung ist nicht vorgeschrieben. (...)

Krause Richterin am Amtsgericht